



Verein für Sozialplanung, Löwengasse 34, D-67346 Speyer

Geschäftsstelle:
Löwengasse 34
D-67346 Speyer
☎ +49 6232 629491
📠 +49 6232 629492

vsop-ger@t-online.de
www.vsop.de

An die
Planer und Planerinnen
der Regionalgruppe NORD im VSOP
bzw. der Bundesländer Niedersachsen, Bremen,
Hamburg, Schleswig-Holstein
- per Mail -

Regionalgruppe NORD

Jörg Gapski, ☎ +49 511 616 21039
eMail: joerg.gapski@region-hannover.de

Marion Brünner, ☎ +49 421 361 6851
eMail: marion.bruenner@soziales.bremen.de

Protokoll der Fachtagung der Planerinnen und Planer Nord (Regionalgruppe NORD des VSOP) **05.11.2015 in Braunschweig**

16.12.2015

Protokoll der Sitzung der Regionalgruppe NORD im VSOP am 05.11.2015

Teilnehmer/-innen: siehe Übersicht Ende Protokoll

Tagungsort: Stadt Braunschweig, Haus der Kulturen, Am Nordbahnhof 1, 38106 Braunschweig,
<http://www.hdk-bs.de>

1. Eintreffen und erste Fachaustausche, Organisatorisches

Frau Antonelli-Ngameni vom Haus der Kulturen begrüßt die Teilnehmer/-innen in der Einrichtung und stellt das Haus und die Arbeit dort vor. Das Haus der Kulturen gibt es seit zwei Jahren, es soll internationalen Gruppen ein „Zuhause“ geben, wobei keine Gruppe einen festen Raum hat, sondern das Haus nach Bedarf nutzt. Man kann das Haus auch für Workshops oder Tagungen buchen.

2. Begrüßung und Tagesordnung. Kurze Vorstellungsrunde

3. „Kinderarmut“ / kommunale Handlungsfelder (Hartmut Dybowski, Braunschweig)

Stichworte aus dem Input:

- Keine einheitliche Definition von „Kinderarmut“, auch nicht im Koalitionsvertrag Bund.
- Die zurückgegangene Arbeitslosigkeit spiegelt sich nicht im SGB II.
- Politischer Beschluss in Braunschweig: Braunschweig für alle Kinder (kommunales Handlungskonzept).
- Ziel: Ausgleich von Benachteiligung. Dieses soll vor Ort geschehen, also bspw. in Kindertagesstätten etc. Dabei richtet sich das Konzept an die Kinder, die Mitarbeiter/-innen in den Einrichtungen und an die Eltern.
- Zwischenzeitlich ändert sich der Fokus auf Flüchtlingskinder und auf Inklusion.
- Für die Umsetzung gibt es einen Stifter, der sich namhaft beteiligt.

Die Diskussion machte deutlich, dass Leistungsbezug nicht gleich Armut sei und dieses auch noch nie von Regierungen so definiert worden sei. Frage ist, was gesellschaftliche Aufgabe ist: Befriedigung von Grundbedürfnissen.

Ziel sollte sein, dass die verschiedenen Akteure voneinander wissen und sich vernetzen, um Kindern den Weg in die Zukunft zu bereiten. Nicht Alimentierung als Ziel, sondern die Eröffnung von Teilhabechancen als realistische Möglichkeit, den Weg zu bereiten.

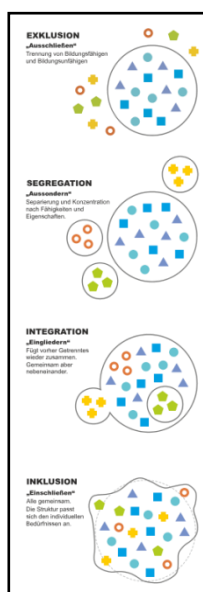
Eine fiskalisch abgeleitete Definition von Förderbedarf griffe zu kurz, Förderbedarfe kann es auch bei Kindern ohne Leistungsbezug geben und andersherum können Kinder im Leistungsbezug auf einem guten Weg sein.

Es wurden weitere Themen angesprochen wie Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, unterbrochene Erwerbsbiographien, atypische Beschäftigung, Alleinerziehung, Horizontalprinzip/Bedarfsgemeinschaftsprinzip in der Leistungsgewährung, Familiengedanke, Armutsrisikoschwellen und -quoten (inkl. des Nutzwertes, der Prozentgrenze usw.), Förderbedarfe bei Kindern, die nicht unter den Armutsbegriff fallen, Gesundheit und Gesundheitsempfinden etc.

Es wurde schnell deutlich, dass das Thema breit gefächert ist und in einer Sitzung der Gruppe keinesfalls erschöpfend besprochen werden kann. Das Thema soll die Regionalgruppe weiter begleiten.

Nachträglicher Hinweis des Kollegen Dyboski: Der in seinem Input angesprochene Fachtag hat zwischenzeitlich mit rd. 80 Teilnehmer/-innen stattgefunden und in den ersten KiTas startet das Projekt „Starke Kinder“.

4. Herausforderung von Inklusion am Beispiel Schule / Schulassistenz (Sylvia Thiel, Region Hannover)



Quelle: Wikipedia

Der Vortrag begann mit dem immer wieder eindrucksvollen Schaubild zu den vier gesellschaftlichen Modellen: Exklusion - Separation - Integration - Inklusion.

Inklusion in Schulen meint das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern. Eindrucksvoll wurde die Situation in der Region Hannover vorgestellt, in der es über 20 Anbieter für Schulassistenz gibt. Zurzeit erfolgt die Begleitung der behinderten Schüler/-innen durch Schulhelfer/-assistenten, die von der Jugend- oder Sozialhilfe finanziert werden. Perspektivisch sollten die Schulen das selbst regeln, wofür ihnen entsprechende Mittel/Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden müssen.

Schwierig ist das Finanzierungsmodell (Individualanspruch, Anspruch nach SGB VIII oder SGB XII). Zudem sind die Voraussetzungsanforderungen unterschiedlich: 2 Jahre Ausbildung (Sozialassistent), Sozialhilfe verlangt mind. 3 Jahre Ausbildung. Mit dem Poolmodell sollen die Nachteile einer individuellen Begleitung ausgeglichen werden.

In Laufe der Erörterung zum Vortrag wurden auch Fragen gestellt wie die, ob es nicht Sinn machen würde, von der Einzelfallförderung zur Schulförderung zu kommen. Zudem wurde überlegt, ob die Fallzahlen auch durch die steigende Bekanntheit des Themas steigen? Interessant war auch die Frage, ob nicht durch Inklusion der individuelle Bedarf steigt: Hätte ein Teil der Kinder in einer Förderschule gar keinen entsprechenden Bedarf (weil sie dort anders eingebettet sind und „klar kämen“), den sie in einer Regelschule haben? Wie müsste das Regelschulsystem ausgestattet sein, um den unterschiedlichen Bedarfen gerecht zu werden? Sollte man nicht beide Möglichkeiten parallel vorhalten?

Auch dieses Thema wird die Regionalgruppe im Themenspeicher behalten und ggf. wieder aufgreifen.

5. Inklusion als Handlungsfeld im Rahmen des Stadtdialogs „Mein Hannover 2030“ (Silke Mardorf, Elke Saueremann, Hannover)

Die Kolleginnen berichteten von der Dialogphase Anfang 2015 mit 27 Veranstaltungen (über alle Themen betrachtet weit über 100 Veranstaltungen) und ca. 3.000 Teilnehmer/-innen. Nachzulesen hier: www.meinhannover2030.de

Im Rahmen des Unterthemas „Inklusive Stadt“ gab es fünf Satellitenveranstaltungen, bei denen Menschen mit Behinderungen gefragt wurden, wie sie leben, wie sie leben möchten, wie sie arbeiten usw. Diese Veranstaltungen fanden nicht-öffentlich statt, damit die Teilnehmer/-innen sich im geschützten Raum öffnen konnten. Die geäußerten Wünsche sind vielfach sehr alltagsbezogen und eher „klein“, weniger mit Fokus auf große städtische Veränderungen.

Das Interesse ist hoch, damit auch die Erwartungshaltungen, die ggf. im weiteren Prozess auch an vielen Stellen enttäuscht werden müssen. Der nächste Schritt ist, den Menschen deutlich zu machen, dass sie gehört wurden und dass es weiterhin Beteiligung geben soll, auch wenn sich nicht alles in Konzepten wiederfinden wird.

Der Stadtdialog hat es nicht nur geschafft, Menschen aktiv einzubeziehen, er hat auch die Zusammenarbeit der Ressorts verbessert und dazu beigetragen, ein gemeinsames Bewusstsein für das Thema „Inklusion“ herauszubilden.

6. Verschiedenes und Verabredungen

Es wurden noch die aktuellen Probleme und Fragestellungen rund um die Flüchtlingsproblematik erörtert, allerdings ohne weitere Vertiefung. Die derzeitige Lage in den Kommunen ist so, dass teilweise auch die Planer/-innen einbezogen werden. Überall herrscht Personalmangel auf Seiten der Verwaltung. Eine wirkliche Steuerung ist örtlich kaum möglich, da die Erstversorgung im Vordergrund steht. Erörtert wurde auch, dass die Kommunen „Daseinsvorsorger“ sind und dass das nicht nur für Flüchtlinge gilt, es im Moment aber ein ziemlicher Spagat sei, allen und allem gerecht zu werden. Die sozialplanerische Arbeit hat hier noch nicht begonnen. Vor dem Hintergrund der weiteren Zuwanderung und des Nachzugs von Familienangehörigen ist abzuwarten, wie sich die Rolle der Sozialplanung in diesem Kontext weiter gestalten wird.

Das nächste Treffen der Regionalgruppe NORD findet am **07. April 2016 in Cuxhaven** (LK) statt. Kreishaus LK Cuxhaven, Raum 103, Vincent-Lübeck.-Str. 2

Themen wurden noch nicht benannt, Vorschläge und Inputs sind willkommen.

16.00 Uhr (Ende)

Marion Brünner

Sprecherteam Regionalgruppe NORD

(elektronische Versendung ohne handschriftliche Unterschrift)

Teilnehmer/-innen November 2015:

Brünner, Marion (SKJF Bremen)

Dybowski, Hartmut (Stadt Braunschweig)

Gapski, Jörg (Region Hannover)

Girod, Alexandra (LK Helmstedt)

Gommermann-Schramm, Eva (Stadt Wolfsburg)

Haf, Torsten (LK Gifhorn)

Mardorf, Silke (Landeshauptstadt Hannover)

Saueremann, Elke (Landeshauptstadt Hannover)

Thiel, Sylvia (Region Hannover)